

Altendorf behält Steuerfuss bei

Der Gemeinderat Altendorf konnte die Gemeindeversammlung vom Mittwoch in der Mehrzweckhalle von seiner Strategie überzeugen, das Eigenkapital bei gleichbleibendem Steuerfuss in den nächsten vier Jahren drastisch zu senken.

von Anouk Arbenz

Die Gemeindeversammlung vom 25. November war speditiv wie nie, Wortmeldungen gab es diesmal keine. Zufall, dass dies genau an dem Abend der Fall war, an dem die SVP March in Lachen ihre ausserordentliche Generalversammlung mit anschliessender Parteiversammlung abhielt? Vielleicht lag es aber auch daran, dass der Altendörfler Albert Knobel, der in der jüngeren Vergangenheit in den Medien mit seinem Protest gegen die Corona-Schutzmassnahmen Aufmerksamkeit erregte, dieser Gemeindeversammlung fernblieb. Wie dem auch sei: Trotz SVP-Lücke waren 130 (!) stimmberechtigte Altendörflerinnen und Altendörfler gekommen, um über den Voranschlag und den Steuerfuss 2021 sowie die Ein-



Eine volle Mehrzweckhalle an der Gemeindeversammlung vom Mittwoch in Altendorf.

Bild Anouk Arbenz

sichtlich, dass wir den attraktiven Steuerfuss auch in Zukunft werden halten können. Das war schon immer unsere Strategie, die uns überhaupt erst in diese gute Position gebracht hat», schloss Suter seine Präsentation. Der Gemeinderat geht davon aus, dass sich das Eigenkapital von heute 16,19 Millionen Franken bis im Jahr 2024 auf 3,38 Millionen Franken verringert haben wird.

Die Gemeindeversammlung stimmte dem Antrag des Gemeinderats unisono und ohne wenn und aber zu.

Einbürgerungen

An der Gemeindeversammlung wurden **Bürger von Altendorf**: Clare Philippi-Fernandes und ihre Töchter Elisabeth und Roberta (britische Staatsangehörige); Peter Drábik, dessen Ehefrau Adriana Drábiková-Jedinakova und deren Söhne Martin, Ján und Samuel (slowakische Staatsangehörige); die Niederländerin Kyra Elisabeth und die Familie Wanders mit Clemens, Yvonne und Tochter Lynn Latika (deutsche Staatsangehörige). (aa)

bürgerung von zwölf Personen abzustimmen.

Minus von über zwei Millionen

Der Gemeinderat Altendorf budgetiert für das nächste Jahr einen Aufwandüberschuss von 2,05 Millionen Franken, der sich aus dem Gesamtaufwand von 24,53 Millionen Franken und dem Gesamtertrag von 22,48 Millionen errechnet. Erhöht sein werden im nächsten Jahr der Personal- und der Sachaufwand. Beim Gemeindepersonal stehen Lohnerhöhungen an, bei der Feuerwehr sind Anschaffungen und Unterhaltsarbeiten geplant. In den Finanzausgleich zahlt die Gemeinde Altendorf im nächsten Jahr

156 200 Franken plus 132 900 Franken aus Nachkalkulationen für das Jahr 2019.

«Die Planung der Folgejahre ist stark geprägt vom voraussichtlichen Ergebnis dieses Jahres», betonte Säckelmeister Markus Suter an der Gemeindeversammlung. Die Rechnung 2020 könnte trotz Mindereinnahmen bei den Steuern leicht besser ausfallen als budgetiert, da gewisse Ausgaben und Investitionen in die Folgejahre verschoben worden seien. Die Investitionsrechnung fürs nächste Jahr sieht Nettoinvestitionen von 4,32 Millionen Franken vor. Investiert wird in die Planung des Projekts Schullraumerweiterung, in die Gestaltung

des Parks am See (erster Teil), in ein neues Trottoir und die Bushaltestellen an der Zürcherstrasse, in das Wasserwerk und die Abwasserbeseitigung sowie in das Projekt «Revitalisierung Talbach-Unterlauf».

Steuerfuss bleibt bei 90 Prozent

Der Gemeinderat rechnet auch im nächsten Jahr mit Steuerausfällen aufgrund der Corona-Pandemie, welche durch den Zuzug von Steuerpflichtigen ausbalanciert werden dürften. Den Steuerfuss möchte er auf 90 Prozent einer Steuereinheit für natürliche Personen und 75 Prozent für juristische Personen belassen. «Trotz anstehender Infrastrukturprojekte sind wir zuver-

News zum Bleikenweg

Die **Flurgenossenschaft Bleikenweg** wehrt sich gegen die vom Gemeinderat Altendorf geplante Aufhebung des Velofahrverbots auf dem Bleikenweg nach dem Parkplatz beim Bräggerhof. Sowohl das Verwaltungs- als auch das Bundesgericht liessen den Gemeinderat abblitzen. Doch: «Nach langen und zähen Verhandlungen haben wir mit **der Flurgenossenschaft eine Einigung erzielen können**», informierte Gemeindepräsident Beat Keller am Mittwoch. Noch habe die Vereinbarung jedoch nicht unterzeichnet werden können, da **noch eine Person** aus der Flurgenossenschaft **Einsprache erhebe**. «Wir sind zuversichtlich, dass es sich nur um ein kurzes Strohfeuer handelt.» (aa)

Leser schreiben

Gemeinsam für eine gesunde Zukunft

Das Jahr 2020 wird als politisch ereignisreiches, aufregendes und dazu entscheidendes Jahr in die Geschichte eingehen. Vermutlich ist es ein Jahr, welches viele Menschen, die vorher nicht viel mit Politik am Hut hatten, mobilisiert und für ihre Meinung einsteht lässt.

Ein verbreitetes Thema ist die Sorge um die Mitmenschen. Immer wieder wird davon gesprochen, man solle sich gegenüber seinen Mitmenschen solidarisch zeigen. Genau das haben die 1000 in Lachen getan. Sie sind gemeinsam und aus freien Stücken eingestanden für unsere kulturschaffenden Unternehmer, welche am Rande ihrer Existenz sind, für eine gute Entwicklung der Kinder unseres Landes und für eine transparente Kommunikation in Politik und Wissenschaft.

Die unerwartet grosse Zahl an Besuchern in Lachen zeigt, dass die Sorgen um unsere Mitmenschen sehr gross sind und dass man gemeinsam für eine gesunde Zukunft arbeitet.

Andri Jenny, Einsiedeln

Leserbriefe

Die Redaktion bestimmt das **Erscheinungsdatum** von Leserbriefen und behält sich **Kürzungen** vor. Je kürzer ein Leserbrief, desto grösser ist die Chance auf eine prompte **Veröffentlichung**.

Die Redaktion

Keine Änderung an Leutschen-Bauvorlage

Gleich zwei Höfner Bezirksversammlungen fanden am Mittwochabend im Schulhaus Weid in Pfäffikon statt. Das Bauprojekt zum Rathaus sorgte erst für Diskussionen und wurde dann an die Urne überwiesen.

von Nicole Dürst

Nicht nur, dass gleich zwei Bezirksversammlungen am Mittwoch unter Corona-Massnahmen stattfanden, war besonders. Es war auch die erste ordentliche Versammlung des neuen Bezirksrates. Es wurde viel gedankt, die neuen Ratsmitglieder vorgestellt und viele Traktanden besprochen. Die erste Bezirksversammlung startete um 20 Uhr – das war jene zur Rechnung 2019 aus dem Frühjahr, die coronabedingt verschoben werden musste. Eine kurze Pause dazwischen, dann ging es weiter mit der zweiten betreffend Voranschlag 2021 sowie Finanzplan 2022 bis 2024.

Zahlen sind wie «Kafisatz lesen»

Säckelmeister Dominik Hug präsentierte die Rechnung 2019. Anstelle eines Minus von 5 Mio. Franken resultierte ein Aufwandüberschuss von lediglich 2 Mio. Franken, dies dank mehr Steuereinnahmen, weniger Abschreibungen und weniger Sachaufwänden. Die Investitionen sind durch den Verzug in den Gewässerprojekten deutlich tiefer ausgefallen. Frau Bezirksammann Yolanda Fumagalli führt die Verzögerung auf Corona zurück. Es kann mit einem Eigenkapital von 28,5 Mio. Franken ins Rechnungsjahr 2021 gestartet werden. Höhere Beträge aus den Investitionsrechnungen 2019 und im Budget 2020 wurden mit der Projektentwicklung des Rathauses und des Justizgebäudes Leutschen begründet.

«Die Zahlen beim Finanzplan sehen düster aus», sagte Hug. Er spricht von einer zu erwartenden Senkung der



Das Justizgebäude (links) wird mit dem Rathaus durch eine gläserne Passerelle verbunden. Dieses Bauvorhaben sorgte an der Bezirksversammlung Höfe für Diskussionen. Beispielsweise wurde vorgeschlagen, die Passerelle mit Photovoltaik zu bestücken. Visualisierung zvg

Steuereinnahmen von elf Prozent bei natürlichen und gar von 32 Prozent bei juristischen Personen. Hug relativiert, «die Einschätzung der Entwicklung ist wie «Kafisatz lesen»». Es werde sich zeigen, wie sich die Wirtschaft von den Corona-Auswirkungen erholt. Vorerst wird jedoch auf eine Erhöhung des Steuerfusses verzichtet, mit den Eigenkapitalreserven sollen die nächsten drei Jahre überbrückt werden. Es gelte, «hart einzusparen, was irgendwie möglich ist».

40 Veloplätze für 60 Mitarbeitende

Kantonsrat Lorenz Ilg (GLP, Bäch) stellte gleich drei Anträge bezüglich des

Bauvorhabens Rathaus und Justizgebäude Leutschen. Die GLP bemängelt, dass beim Neubau kein Minergie-A-Standard geplant sei, die Gebäude unzureichend mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet seien und mehr Veloabstellplätze für Mitarbeitende und Besucher vorhanden sein müssten. Gewünscht wird auch eine Ausstattung mit Steckdosen für e-Bikes. «Wir können nicht auf Reserve bauen. Wir müssen ja auch kostenbewusst planen», lautete die Gegenargumentation von Bezirksrat Stefan Helfenstein. Insgesamt seien 40 Plätze geplant, die nach Bedarf erweitert

werden könnten. Zu den anderen beiden Anträgen meinte Helfenstein, dass die Möglichkeiten geprüft worden seien und bereits Minergie-Standard geplant ist, halt eben nicht A. Die drei GLP-Anträge wurden alle abgelehnt. Otto Kumin (SP Höfe, Freienbach) äusserte das Bedauern darüber. Die Abstimmung zum Bauvorhaben Rathaus Leutschen findet am 7. März 2021 statt.

Die SP Höfe kündigte an, kritisch gegenüber dem angedachten Liegenschaftsverkauf zu sein. Insbesondere über die Bodenfrage, wer darüber verfügen darf. Kurz vor 23 Uhr gingen die Bezirksversammlungen zu Ende.